

2022

Politikberatung und Wissenschafts- kommunikation in der Ressortforschung

Merkmale, Stärken, Potenziale und Herausforderungen

Dokumentation des Workshops
am 14./15. Juni 2022 in Köln

Die wissenschaftsbasierte Politikberatung und die Wissenschaftskommunikation haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Dies gilt in besonderem Maße für die Ressortforschung, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik agiert.

Im Rahmen der Evaluation von Einrichtungen der Ressortforschung befasst sich der Wissenschaftsrat regelmäßig damit, wie diese Institutionen wissenschaftliche Erkenntnisse der Politik zur Verfügung stellen und wie sie wissenschaftsbasiert in der Öffentlichkeit kommunizieren.

Die vorliegende Dokumentation fasst den Workshop „Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung: Merkmale, Stärken, Potenziale und Herausforderungen“ zusammen, zu dem der Wissenschaftsrat im Juni 2022 einlud.

Politikberatung und Wissenschaftskommunikation
in der Ressortforschung
Merkmale, Stärken, Potenziale und Herausforderungen

Dokumentation des Workshops
am 14./15. Juni 2022 in Köln

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Umwelt 
Bundesamt

IMPRESSUM

Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung | Merkmale, Stärken, Potenziale und Herausforderungen

Dokumentation des Workshops am 14./15. Juni 2022 in Köln

Herausgeber

Wissenschaftsrat
Scheidtweilerstraße 4
50933 Köln
www.wissenschaftsrat.de
post@wissenschaftsrat.de

DOI: <https://doi.org/10.57674/9gz6-6t09>

Lizenzhinweis: Diese Publikation wird unter der Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>.



Hinweis zu den verwendeten Fotos: Alle in diesem Tagungsband verwendeten Fotos sind urheberrechtlich geschützt: ©Wissenschaftsrat.

Einzige Ausnahme ist das Foto von Professorin Petra Gehring, S. 22: @Alexander_Vejnovic.

Sollten Sie eins der Fotos verwenden wollen, wenden Sie sich bitte an die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit des Wissenschaftsrats (presse@wissenschaftsrat.de).

Veröffentlicht

Köln, Oktober 2022

Vorbemerkung	7
Programm	11
Begrüßung	14
Zur wissenschaftsbasierten Politikberatung durch die Ressortforschung	18
Berichte aus den Workshops	
Netzwerke, Partnerschaften und Wettbewerber: Positionierungen der Ressortforschung zu anderen Akteuren in der Politikberatung	24
Agieren und/oder Reagieren: Beratungspraktiken, Themensetzung und Vorlaufforschung in der Politikberatung	26
Gut beraten? Anforderungsprofile und Qualitätskriterien von Politikberatung durch die Ressortforschung	28
Zur Wissenschaftskommunikation durch die Ressortforschung	30
Aus den Workshops	
Unabhängige Expertise und/oder staatliche Stimme? Kommunikation an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik Workshop	35
"Gut" kommunizieren? Qualitätskriterien und -sicherung von Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung" Workshop	38
Anhang	40
Präsentationen der Rednerinnen und Redner	40

Vorbemerkung

Die wissenschaftsbasierte Politikberatung und die Wissenschaftskommunikation haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen – insbesondere vor dem Eindruck der Corona-Pandemie, der Klimakrise und einem sich wandelnden Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Forschungseinrichtungen, -organisationen und -förderer legen zunehmend Wert darauf, wissenschaftliche Erkenntnisse sowohl in politische Entscheidungsprozesse einzubringen als auch öffentlich sichtbar zu machen. Damit reagieren sie darauf, dass politische und gesellschaftliche Themen und Herausforderungen zunehmend unter besonderer Beachtung von wissenschaftlichem Wissen bearbeitet werden.

Als Akteure an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik kommt den Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes hier eine besondere Bedeutung zu. Sie betreiben in vielen Fällen qua Auftrag wissenschaftsbasierte Politikberatung und Kommunikation zu einer großen Bandbreite an politischen, gesellschaftlichen, technischen oder ökonomischen Themen.



Der Wissenschaftsrat befasst sich im Rahmen der Evaluation dieser Einrichtungen regelmäßig damit, wie diese in ihren verschiedenen Themenfeldern wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage für politisches Handeln zur Verfügung stellen und sie in der Öffentlichkeit wissenschaftsbasiert kommunizieren. Am 14. und 15. Juni 2022 lud der Wissenschaftsrat die Leitungen aller Einrichtungen der Ressortforschung sowie Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Ministerien zu dem Workshop „Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung: Merkmale, Stärken, Potenziale und Herausforderungen“ ein. Mit der Veranstaltung wollte

Wie verändern sich die Rahmenbedingungen von Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung?

der Wissenschaftsrat sein Verständnis dafür vertiefen, wie sich die Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Ressortforschung in beiden Bereichen verändern

und wie dies in zukünftigen Evaluationen noch besser berücksichtigt werden kann. Etwa 70 Personen aus 38 Einrichtungen, neun Ressorts sowie dem Evaluationsausschuss und der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats nahmen am Workshop teil. In einem übergreifenden und persönlichen Austausch reflektierten sie die wissenschaftsbasierte Politikberatung und die Wissenschaftskommunikation der Ressortforschung vor dem Hintergrund komplexer werdender Handlungskontexte: Wie beraten und kommunizieren die Einrichtungen? Welche Anforderungsprofile, Rahmenbedingungen und Selbstverständnisse liegen Beratung und Kommunikation zugrunde? Wie kann die Ressortforschung ihre Politikberatung weiterentwickeln? Und wie kann sie wissenschaftliche Erkenntnisse in der Öffentlichkeit glaubwürdig kommunizieren?

Die Veranstaltung fand unter Anwendung der *Chatham House Rule* |¹ statt – die vorliegende Dokumentation fasst daher die Vorträge und Diskussionen zusammen, ohne inhaltliche Aussagen einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zuzuordnen. Ziel der Dokumentation ist es, Ergebnisse und übereinstimmende Einschätzungen, aber auch unterschiedliche Standpunkte und Positionen abzubilden. Diese macht sich der Wissenschaftsrat explizit nicht zu eigen, sondern hält sie als Momentaufnahme fest.

Der Austausch machte deutlich, dass die Ressortforschung sowohl in der Politikberatung als auch in der Wissenschaftskommunikation als staatlicher (d. h. der Exekutive angehöriger) und wissenschaftlicher Akteur doppelt legitimiert

Ressortforschung formuliert den Anspruch, „wissenschaftliche Integrität mit Staatsverantwortung“ zu verbinden.

ist. Ihre Stärke und ihr Alleinstellungsmerkmal an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft liegen darin, „wissenschaftliche Integrität mit Staatsverantwortung“ zu ver-

binden. Die Ressortforschung verfügt dabei im Vergleich zu anderen Akteuren der wissenschaftlichen Politikberatung und Kommunikation über eine

| ¹ Vgl. Chatham House: Chatham House Rule, <https://www.chathamhouse.org/about-us/chatham-house-rule>, zuletzt abgerufen am 23.06.2022.

privilegierte Einbindung in politische Entscheidungsprozesse, die allerdings auch mit einer – unterschiedlich stark ausgeprägten – Abhängigkeit einhergeht. Die Einrichtungen, das zeigten die Diskussionen, benötigen dabei ein besonderes Bewusstsein für die Risiken einer politischen Einflussnahme auf Wissenschaft auf der einen und einer wissenschaftlich-technokratischen Beeinflussung von Politik auf der anderen Seite. Entsprechend sehen viele Einrichtungen ihre Rolle explizit nicht darin, wissenschaftsbasierte Argumente für getroffene politische Entscheidungen nachzuliefern. „Wir sind keine Akzeptanzbeschaffer für die Politik“, lautete eines der vorgebrachten Selbstverständnisse.

Ein weiteres Ergebnis war: Von besonderer Bedeutung für gute Beratungs- und Kommunikationsleistungen ist aus Sicht der Einrichtungen ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit: Diese beruhe auf der Unabhängigkeit in der Forschung. Die Autonomie in Themenwahl sowie Forschung und Entwicklung basiere dabei maßgeblich auf der Beziehung zum Ressort. Zu welchem Grad die Rechtsform der Einrichtungen dabei ausschlaggebend für ihre wissenschaftliche Autonomie ist und inwieweit dies an dem „Sozialkontrakt“, also an der Beziehung zwischen Einrichtung und Ministerium hängt, wurde dabei sowohl von Seiten der Einrichtungen als auch der Ressorts unterschiedlich bewertet.

Corona-Pandemie, Klimakrise, Verbraucher- und Bevölkerungsschutz – viele Einrichtungen sind im Rahmen ihrer Forschung, Beratung und Kommunikation an der Bewältigung von Krisen und dem Management von Risiken beteiligt. Der Workshop machte deutlich: Die Einrichtungen müssen in „Friedenszeiten“ Vertrauen in ihre Arbeit aufbauen, um in Krisenzeiten effektiv beraten und kommunizieren zu können. Krisenzeiten, so die Erfahrung, führten häufig zu Schließungsprozessen in der Beratung und Kommunikation: Statt Alternativszenarien, komplexe „Sowohl-als-auch-Ergebnisse“ und die Kommunikation von Unsicherheiten erwarteten weite Teile von Politik und Öffentlichkeit Eindeutigkeit, schnelle Reaktionsfähigkeit und klare Botschaften. Dies erfordere die Übersetzung wissenschaftlichen Wissens in entsprechende Beratungs- und Kommunikationsleistungen.



Möglich gemacht wurde der Workshop durch die Finanzierung aus dem Ressortforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Das BMUV hat den Wissenschaftsrat gebeten, seine Ressortforschungseinrichtungen zu evaluieren und im Zuge dieser Evaluationen ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche Wissenschaftskommunikation und wissenschaftsbasierte Politikberatung zu legen. Dem BMUV gilt damit der Dank für diesen Impuls zu einer intensiven Beschäftigung mit diesen Dimensionen in der Ressortforschung.

Im Anschluss an die Begrüßung werden im Folgenden zunächst die Diskussionen zur wissenschaftsbasierten Politikberatung zusammengefasst. Daran schließt sich die Dokumentation des Austauschs zur Wissenschaftskommunikation an. Im Anhang sind die Präsentationen der Rednerinnen und Redner verlinkt, denen für ihre Beiträge zur Veranstaltung ein besonderer Dank gilt.

Programm

I. TAG DIENSTAG, 14. JUNI 2022

11.45 Uhr Anmeldung und Mittagsimbiss

12.30 Uhr **Begrüßung**

PROFESSORIN URSULA MÜNCH

Mitglied des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrats

12.45 Uhr **Wissenschaftsbasierte Politikberatung in der Ressortforschung: Aufgaben, Profile, Entwicklungen**

Impulsvorträge von

PROFESSOR CASPAR HIRSCHI

Mitglied des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrats

PROFESSOR DIRK MESSNER

Präsident des Umweltbundesamts

Anschließend Diskussion im Plenum

Moderation: Professorin Petra Gehring

Mitglied des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrats

14.00 Uhr *Kaffeepause*

14.30 Uhr **Lessons learned – Erfahrungen mit Politikberatung während der Corona-Krise**

Impulsvortrag von

PROFESSOR LOTHAR H. WIELER

Präsident des Robert Koch-Instituts

Anschließend Diskussion im Plenum

Moderation: Professorin Ursula Münch

15.15 Uhr *Kaffeepause*

15.30 Uhr

Zwischen Informieren, Bewerten und Bewegen? Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung

Impulsvorträge von

PROFESSORIN EVA BARLÖSIUS

Universität Hannover

PROFESSOR ANDREAS HENSEL

Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung

Anschließend Diskussion im Plenum

Moderation: Professor Oliver Speck

Mitglied des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrats

16.45 Uhr

Kaffeepause

17:15 Uhr

Diskussion im Plenum: Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung

Moderation: Professorin Ursula Münch

19.00 Uhr

Ende des ersten Tages

9.00 Uhr	Begrüßung
9.30 Uhr	Parallele Workshops zur Wissenschaftskommunikation WS 1: Unabhängige Expertise und/oder staatliche Stimme? Kommunikation an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik WS 2: Kommunizieren, aber mit wem? Bestimmung, Ansprache und Einbindung von Zielgruppen und Öffentlichkeit(en) durch Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung WS 3: „Gut“ kommunizieren? Qualitätskriterien und -sicherung von Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung
11.00 Uhr	<i>Kaffeepause</i>
11.30 Uhr	Berichte aus den Workshops und gemeinsame Diskussion
12.15 Uhr	<i>Mittagspause</i>
13.00 Uhr	Parallele Workshops zur wissenschaftsbasierten Politikberatung WS 1: Netzwerke, Partnerschaften und Wettbewerber: Positionierungen der Ressortforschung zu anderen Akteuren der Politikberatung WS 2: Agieren und/oder Reagieren: Beratungspraktiken, Themensetzung und Vorlaufforschung in der Politikberatung WS 3: „Gut beraten?“ Anforderungsprofile und Qualitätskriterien von Politikberatung durch die Ressortforschung
14.30 Uhr	<i>Kaffeepause</i>
15.00 Uhr	Berichte aus den Workshops und gemeinsame Diskussion
15.45 Uhr	Abschluss-Impulse und Verabschiedung
16.15 Uhr	<i>Ende der Veranstaltung</i>

Begrüßung

**PROFESSORIN URSULA MÜNCH, DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE
BILDUNG IN TUTZING UND MITGLIED DES EVALUATIONSAUSSCHUSSES DES
WISSENSCHAFTSRATS**

Sehr geehrte Leiterinnen und Leiter, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter
der Ressortforschungseinrichtungen,

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Sie heute hier in Köln begrüßen zu dürfen. Besonders freue ich
mich darüber, Sie *persönlich* hier begrüßen zu dürfen – auch der Wissenschafts-
rat hat zwei Jahre lang kaum Veranstaltungen in Präsenz durchgeführt und die
Liste der Tagungen, Arbeitstreffen und Sitzungen, die in Präsenz geplant und
dann ins Digitale verlagert werden mussten, ist lang. Umso mehr freuen wir uns
über Ihr Kommen.

Niklas Luhmann hat Krisen einmal als „Explosionen von Entscheidungsnotwen-
digkeiten“ |² bezeichnet. Ich denke, das trifft die gegenwärtige Situation und
die Erfahrungen der letzten zwei Jahre gut: Politik und staatliche Instanzen
mussten und müssen Entscheidungen treffen, die immer komplexer werden, die
miteinander verwoben sind, deren Effekte sich überlagern. Sie treffen diese Ent-
scheidungen in zunehmendem Maße im Dialog mit wissenschaftlichen Akteu-
ren, die ihnen robustes Beratungswissen zur Verfügung stellen und die unab-
hängige Expertise einbringen. Über das Maß, zu dem politisch-staatliche
Entscheidungen wissenschaftlichem Wissen tatsächlich folgen oder inwieweit
politische Akteure Wissenschaft für die Legitimierung ihrer Entscheidungen
funktionalisieren, ist dabei in den vergangenen Jahren ausgiebig diskutiert wor-
den.

|² Niklas Luhmann: Entscheidungen in der „Informationsgesellschaft“, Skript eines Vortrags, gehalten an:
"Soft society: eine internationale Konferenz über die kommende Informationsgesellschaft", 28.10.–3.11.1996
in Berlin.

Fest steht, dass die Ressortforschung in der Vorbereitung und Beratung von politisch-staatlichem Handeln – den „Entscheidungsnotwendigkeiten“ – eine Schlüsselrolle spielt. Es gibt wohl kaum ein staatliches Handlungsfeld, zu dem die Ressortforschung nicht arbeitet, sei es Verkehr und Infrastruktur, der Klima- und Umweltschutz, Ernährung und Landwirtschaft, die Verteidigung, demographische Entwicklungen, die öffentliche Gesundheit oder der Verbraucherschutz. Diese Aufzählung zeigt, wie breit die Ressortforschung als Instrument zur wissenschaftsbasierten Beratung von Politik in Deutschland verankert ist.

Auch die Kommunikation von wissenschaftsbasierten Erkenntnissen in der Öffentlichkeit spielt dabei eine immer wichtigere Rolle. Alle genannten Themenfelder werden von einer interessierten, auch kritischen, teils fragmentierten Öffentlichkeit verfolgt. Wissenschaftsbasiertes Wissen hat in öffentlichen Diskursen an Bedeutung gewonnen – wer sich durchsetzen möchte, argumentiert zunehmend auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnislagen. Gleichzeitig gerät wissenschaftliches Wissen in der Öffentlichkeit in Kritik, ihm wird mit Gleichgültigkeit, Skepsis, gar Leugnung begegnet.



Ursula Münch begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Der Wissenschaftsrat beschäftigt sich seit fast 20 Jahren mit der Evaluation von Ressortforschungseinrichtungen. Er hat dazu mittlerweile eine Vielzahl von Verfahren in den Einrichtungen durchgeführt und sich mehrfach auch grundlegend zur Weiterentwicklung der Ressortforschung geäußert. Sowohl der Wissenschaftsrat als auch die Einrichtungen und die Ressorts blicken damit auf gemeinsame Lernerfahrungen zurück. Im Mittelpunkt der Evaluationen – und das wird auch zukünftig so bleiben – stand und steht für den Wissenschaftsrat die

wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Einrichtungen. Gleichzeitig hat der Wissenschaftsrat die für die Ressortforschung zentrale Aufgabe der wissenschaftsbasierten Politikberatung immer mit betrachtet und die Beteiligung an und Unterstützung von politischen Entscheidungsprozessen durch die Ressortforschung als wichtiges Merkmal ihrer Arbeit beurteilt.

Mit Wissenschaftskommunikation und wissenschaftsbasierter Politikberatung als zwei miteinander verbundenen Aufgaben hat sich der Wissenschaftsrat auch grundsätzlich befasst: Für die Wissenschaftskommunikation stellte er fest, dass alle wissenschaftlichen Akteure gefordert sind, robustes Wissen in einer Öffentlichkeit zu kommunizieren, die wissenschaftliche Erkenntnisse selektiv und aus unterschiedlichen Perspektiven rezipiert. |³ Und mit Blick auf die Politikberatung empfahl er, die Strukturen der Beratung zukünftig so zu gestalten, dass

Ressortforschung spielt in der Beratung politischer Akteure eine Schlüsselrolle.

eine situationsadäquate und zugleich fundierte Beratung politischer Akteure sowohl responsiv, vor allem im Krisenfall, als auch antizipativ ermöglicht wird. |⁴ Was für viele universitäre und außeruniversitäre

Forschungsakteure womöglich neu klang, war für die Ressortforschung vertrautes Terrain: Denn eben diese Dualität von Reaktion und Antizipation ist ein wesentliches Merkmal guter Politikberatung, bei dem die Ressortforschung über langjährige Erfahrungspraxis verfügt.

Ich sagte es eingangs: Die Ressortforschung weist eine große Bandbreite an unterschiedlichen Ansätzen und Profilen mit Blick auf wissenschaftsbasierte Politikberatung und Kommunikation auf. Dieser Bandbreite widmen wir uns heute und morgen. Neben grundlegenden Betrachtungen werden wir dazu heute aus drei Perspektiven Impulse hören: dem Umwelt- und Klimaschutz, der Public Health sowie dem Verbraucherschutz. Morgen werden wir uns dann in mehreren Gruppen-Workshops spezifischen Querschnittsfragen widmen, die von der Vorlaufforschung, Beratungspraktiken und der Positionierung im Umfeld bis hin zu Qualitätskriterien für Kommunikation und Beratung reichen.

Der Wissenschaftsrat hat zu diesem Workshop eingeladen, um sein Verständnis dafür zu vertiefen, wie sich die Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Ressortforschung in der wissenschaftsbasierten Beratung und Kommunikation verändern und wie dies in zukünftigen Evaluationen noch besser berücksichtigt werden kann. Es geht dabei nicht darum, starre einheitliche Standards für alle Einrichtungen zu setzen, sondern die Bandbreite der Anforderungsprofile und Tätigkeiten zu verstehen und zu berücksichtigen. Dazu

| ³ Wissenschaftsrat (2021): Wissenschaftskommunikation. Positionspapier, Köln.
URL: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/9367-21.html>.

| ⁴ Wissenschaftsrat (2021): Impulse aus der COVID-19-Krise für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland. Positionspapier, Köln.
URL: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8834-21.html>.

möchten wir mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Wir möchten Ihnen und uns heute und morgen einen übergreifenden und persönlichen Austausch ermöglichen, um Besonderheiten, Stärken, Potenziale und Herausforderungen in beiden Bereichen zu identifizieren. Was es dafür braucht, sind ein vertrauensvoller Rahmen, Offenheit, aktives Zuhören und die zugewandte Begegnung untereinander – zu dieser Haltung möchte ich Sie gerne ermutigen.

Lassen Sie mich, bevor wir mit dem Programm beginnen, noch einen Dank aussprechen: Zunächst möchte ich mich bei den Rednerinnen und Rednern im Voraus für Ihre Beiträge bedanken. Sie werden wesentliche Impulse für unseren Workshop setzen und wertvolle Diskussionen anstoßen. Dann möchte ich mich beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) bedanken, das diesen Workshop nicht nur finanziert, sondern das durch seine Bitte an den Wissenschaftsrat, sich mit der Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung intensiv zu beschäftigen, die Idee zu diesem Workshop auch angestoßen hat. Zudem möchte ich mich bei der Fritz Thyssen Stiftung für die Gastfreundschaft heute und morgen bedanken. Als wissenschaftsfördernde Stiftung hat sie sich sehr gerne und ohne Zögern bereit erklärt, dem Wissenschaftsrat ihre Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. So befinden wir uns hier, im Sitz der Stiftung, im denkmalgeschützten ehemaligen Amerika-Haus, das in den 1950er Jahren in Köln gegründet wurde. Dieser Raum hier ist der frühere Kinosaal, in dem der interessierten deutschen Öffentlichkeit amerikanische Kinofilme gezeigt wurden.

Vorträge und Diskussionen, die so spannend sind wie ein guter Kinofilm, wünsche ich auch uns allen heute und morgen – dank Ihrer Beiträge und Impulse, sehr verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bin ich mir dessen sicher. Für Ihre Teilnahme möchte ich mich bereits jetzt bedanken und freue mich auf den nun folgenden Austausch.

Vielen Dank.

Zur wissenschaftsbasierten Politikberatung durch die Ressortforschung

In zwei Panels und drei Workshops widmeten sich die Teilnehmenden Fragen der wissenschaftsbasierten Politikberatung. Themenübergreifend wurde dabei eine hohe Varianz an Aufgaben und Profilen der Ressortforschungseinrichtungen deutlich, etwa mit Blick auf ihre Selbstverständnisse im Beratungsprozess: Manche Einrichtungen betonten, dass sie eine klare Trennung zwischen der Bereitstellung von verlässlichem Beratungswissen ihrerseits und der politischen Entscheidung seitens des Ministeriums und anderer politischer Akteure präferierten. Andere sehen ihre Rolle auch darin, über die Bereitstellung von Wissen



Diskussion im Plenum „Politikberatung und Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung“ mit Moderatorin Ursula Münch sowie Caspar Hirschi, Dirk Messner, Eva Barlösius, Lothar H. Wieler und Andreas Hensel (v.r.n.l.)

hinaus gesellschaftspolitische Leitbilder zu entwerfen, die ihre Ressorts irritieren können und sollen.

Viele Einrichtungen berichteten, dass der Beratungsprozess häufig keinem linearen Muster folge, sondern iterativ verlaufe: Problemdefinition, Wissensproduktion, Lösungsentwicklung, Beratung und Entscheidung fänden gleichzeitig und aufeinander Bezug nehmend statt. Diese Gleichzeitigkeit mache Beratungsprozesse komplexer, schaffe aber auch immer wieder „Gelegenheitsfenster“, um Themen erneut und in veränderten Kontexten anzubringen.



Als Spezifika der Politikberatung durch die Ressortforschung arbeiteten die Teilnehmenden u. a. folgende Merkmale heraus:

- _ Die Einrichtungen der Ressortforschung verfügten über ein gutes Verständnis für politische Logiken und Prozesse. Darauf baue ihre Fähigkeit auf, die politische Umsetzbarkeit von Empfehlungen und Szenarien zu berücksichtigen.
- _ Als „Werkstattraum“ hielten sie Detail- und Systemwissen zu politischen Handlungsfeldern vorrätig und besäßen häufig Wissen zu konkreten politischen Handlungsbereichen und zur Entwicklung zielgenauer Instrumente, das andere wissenschaftliche Akteure in der Detailtiefe nicht vorwiesen.
- _ Die Einrichtungen verfügten über eine schnelle Reaktionsfähigkeit in Krisenzeiten, die u. a. auf der institutionellen Einbindung in entsprechende Strukturen sowie, in einer Reihe von Politikfeldern, auf ihrer Verantwortung für staatliches Handeln in Krisensituationen beruhe (etwa Verbraucherschutz oder Public Health). Als „schnelle Eingreiftruppe“ könnten sie verlässliches und kurzfristig verfügbares Wissen in Krisen- und Verhandlungssituationen

bereitstellen und verfügten über die notwendigen Kommunikationskanäle und eingeübten Prozessketten.

_ Gleichzeitig zeige sich insbesondere in Krisensituationen, dass in Politik, Medien und Öffentlichkeit Unklarheit über die Aufgaben und Handlungsspielräume von Ressortforschungseinrichtungen herrsche. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortung würden häufig überschätzt.

_ In der Entwicklung von Narrativen, Leitbildern und Heuristiken könne die Ressortforschung bisweilen übergreifendes Orientierungs- und Transformationswissen anbieten, das gerade in Umbruchs- und Krisenzeiten nachgefragt werde. Die Ressortforschung habe hier das Potenzial, nicht nur im wissenschaftlichen, sondern in einem transdisziplinären Feld auf gesellschaftliche und politische Beziehungen zurückzugreifen und als Teil von „Veränderungsallianzen“ zu agieren.

_ Die Ressortforschung habe die Pflicht zur Mitarbeit bei politischen Auskunftsprozessen (etwa bei der Beantwortung von Kleinen Anfragen) sowie zur Übernahme politischer Beratungsaufgaben (etwa in Form von Kommissionen, die Einrichtungen zugewiesen werden). Zudem bestünden innerhalb der Ressortforschung fließende Übergänge zwischen Politikberatung, Politikvorbereitung (etwa von Gesetzen) und dem Vollzug von staatlichem Handeln.



Daraus ließen sich verschiedene Funktionen der Beratung durch die Ressortforschung ableiten, die zumeist parallel wahrgenommen werden müssten:

- _ **Unterstützungsfunktion:** Die direkte wissenschaftsbasierte Unterstützung und Bearbeitung von Ressortpolitik in Form von Auskünften, Dienstleistungen und Vollzugsaufgaben.
- _ **Lösungsfunktion:** Die kurz- bis langfristig angelegte Erarbeitung von wissenschaftsbasierten Optionen, Szenarien und Richtungsentscheidungen als Beitrag zur Lösung politischer Aufgaben und Probleme.
- _ **Impulsfunktion:** Die Identifikation neuer Themenfelder, Aufgaben und Problemlagen mittels Vorlaufforschung („Antennenfunktion“), die die Politik auf zukünftige Handlungsszenarien hinweisen und vorbereiten solle.

Von zentraler Bedeutung für die Qualität der Politikberatung erweise sich, das zeigte der Austausch, die hier angesprochene Vorlaufforschung, die zukünftige Themen und Beratungsbedarfe antizipieren soll. Voraussetzung für eine hochwertige Vorlaufforschung sei

ein gemeinsames Verständnis zwischen Einrichtungen und Ressorts über den dafür notwendigen Freiraum in der Themenwahl und eine „Unsicherheitstoleranz“ der Ressorts mit Blick auf die zukünftige Relevanz von Forschungsergebnissen.

Wissenschaftsbasierte Politikberatung baue auf dem Vertrauen zwischen Ressorts und Einrichtungen auf.

Schließlich erarbeite Vorlaufforschung regelmäßig „Lösungen ohne konkreten Bedarf“. Gleichzeitig würden in plötzlichen Krisensituationen Themen relevant, für die sich vorher kaum jemand interessiert habe. Damit liege in Krisen nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance für die betroffenen Einrichtungen – wenn sie sich in Vorkrisenzeiten entsprechend thematisch vorbereitet haben.

Nicht nur mit Blick auf die Vorlaufforschung wurde deutlich, dass eine effektive wissenschaftsbasierte Politikberatung vor allem auf dem Vertrauen zwischen Ressorts und Einrichtungen aufbaut. Der „Sozialkontrakt“ zwischen beiden entscheide darüber, so der Tenor, wie groß die Spielräume und die Chancen sind, Themen und Projekte gemeinsam voranzubringen. Ressortübergreifend betrachtet erweise sich der



Grad an Nähe bzw. Distanz zwischen Einrichtungen und Ressorts allerdings als sehr unterschiedlich. Im Idealfall halte die Beziehung zwischen Ressort und Einrichtung Spannungen und unterschiedliche Meinungen aus. Dementsprechend



Moderatorin der Diskussion im Plenum: Petra Gehring, Professorin für Philosophie an der TU Darmstadt und Mitglied des WR-Evaluationsausschusses

hoch sei die Bedeutung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Dass durch Wahlen die politischen Ansprechpersonen regelmäßig wechseln, sei dabei ein Umstand, auf den sich die Einrichtungen einstellen müssten und der eine hohe Vertrautheit mit politischen Diskursen und Agenden erfordere. Eine weitere Herausforderung stellten in diesem Zusammenhang die zeitlichen und politischen Kontexte von Entscheidungsfindungen dar. Der Politikzyklus, den man mitgestalten möchte, biete häufig wenige entscheidende Momente zur Impulsgebung durch politikberatende Akteure, die es durch Kenntnis über politische Prozesse zu identifizieren gelte. Bestehen-

des Wissen müsse hier kurzfristig „wieder in die Arena geschoben“ werden können, so die Erfahrung.

Auch aus demokratietheoretischer Sicht wurde die Politikberatung durch die Ressortforschung beleuchtet. Wie lässt sich die Ressortforschung als Instanz der

Wissenschaft und Politik
sind keine Gegensätze mehr.

wissenschaftlichen Politikberatung beschreiben und bewerten? Grundsätzlich sei festzustellen, dass sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik nicht mehr als Gegensatz begreifen lasse, auch wenn dies öffentliche Diskussionen noch suggerieren könnten. Stattdessen

könne Wissenschaft im Allgemeinen und Ressortforschung im Besonderen bei den drei klassischen Formen demokratischer Legitimation eine Rolle spielen:

- _ Bei der Input-Legitimation, bei der politische Entscheidungen dann als legitim anerkannt würden, wenn sie dem Mehrheitswillen entsprächen („Herrschaft durch das Volk“). Da Wissenschaft die Bevölkerung nicht repräsentieren könne, sei Input-Legitimation bisweilen die Achillesferse wissenschaftlicher Politikberatung – allerdings nicht unbedingt für die Ressortforschung. Denn da die Ressortforschung im Auftrag gewählter Regierungsministerien forsche und berate, sei sie mitunter stärker legitimiert als anderweitige, etwa

vonseiten der Wirtschaft oder Zivilgesellschaft eingesetzte Beratungsgremien oder rein medial engagierte Expertinnen und Experten.

_ Bei der Throughput-Legimitation, die durch den korrekten Ablauf von Entscheidungsverfahren entstehe, etwa durch Gewaltenteilung, Transparenz, Rechenschaft oder Ergebnisoffenheit („Herrschaft durch regelkonformes Verfahren“). Es gebe immer wieder Problemfelder, in denen wissenschaftliche Expertise in die Politik einfließen könne, ohne die demokratische Mitsprache einzuschränken: in der also die Wissenschaft nicht der Politik sage, was sie zu tun habe, sondern vielmehr den politischen Diskurs wissenschaftsbasiert bereichere und damit die politischen Entscheidungsgrundlagen verbessere. Durch ihren privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen besäßen Ressortforschungseinrichtungen hier einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen beratenden Akteuren.

_ Bei der Output-Legimitation, die durch die Ausrichtung der Politik an gemeinwohlorientierten Zielen entstehe („Herrschaft für das Volk“). Dies werde traditionell am stärksten mit wissenschaftlicher Politikberatung in Verbindung gebracht, da Wissenschaft nach dieser Legitimationslogik einen Einfluss auf Politik ausüben könne, der möglichst gute Lösungen für anstehende Probleme ermöglichen solle. Angesprochen seien hier Problemkomplexe und Krisen, die technokratisch und damit entpolitisiert bewältigt werden könnten, ohne dass die zuständigen Institutionen – unter anderem aus der Ressortforschung – unter Legitimationszwang gerieten. Dabei gebe es sogar Handlungssituationen, in denen sowohl das notwendige Wissen als auch der gesellschaftliche Konsens so hoch seien, dass technokratisch regiert werden könne und für kurze Zeit eine faktische Expertenherrschaft entstehe („tornado politics“).

Ausrichtung auf einen öffentlichen Nutzen als Alleinstellungsmerkmal der Ressortforschung

Die demokratische Legitimation der wissenschaftlichen Politikberatung durch Ressortforschung ruhe also auf Grundlagen, die sich von denen anderer beratender Einrichtungen unterschieden, so die Analyse. Die Ausrichtung auf einen öffentlichen Nutzen sei dabei ein Alleinstellungsmerkmal der Ressortforschung, den andere Forschungseinrichtungen in größerer Distanz zur Politik nicht erbringen könnten. Daher sei es für die Ressortforschungseinrichtungen keine Lösung, das Modell rein wissenschaftlicher Einrichtungen nachbilden zu wollen.

Netzwerke, Partnerschaften und Wettbewerber: Positionierungen der Ressortforschung zu anderen Akteuren in der Politikberatung

Im Zentrum dieses Workshops stand die Frage, wie Einrichtungen der Ressortforschung ihre Stellung gegenüber anderen politikberatenden Institutionen definieren, inwiefern sie in der Beratung kooperieren oder sich im Wettbewerb mit anderen Akteuren befinden. Deutlich wurde dabei zunächst, dass sich aus Sicht vieler Einrichtungen das Bild der Politikberatung in der öffentlichen Wahrnehmung gewandelt hat: Sie habe sich vom „Stigma“ der politischen Einflussnahme und des Lobbyismus weitgehend gelöst und werde deutlich positiver wahrgenommen. Daher, so die Beobachtung, drängten immer mehr Akteure in die Beratungslandschaft. Die Bandbreite der Organisationsformen beinhalte dabei universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks, Stiftungen und viele mehr.



Impressionen aus den Workshops

Der Austausch zeigte: Vonseiten der Ressorts werden die Angebote der verschiedenen Akteure in der Politikberatung in unterschiedlichem Maße genutzt. Manche Ministerien unterstützen nach eigener Aussage aktiv die Einrichtung zusätzlicher Beratungsgremien zu einzelnen Themenfeldern und vergeben Beratungsaufträge an andere Organisationen – teils aus politischem Willen, teils um Konflikte aus der Ressortforschung auszulagern. Andere erklärten, den Pluralismus verschiedener Beratungsakteure nutzen zu wollen und ihre Ressortforschungseinrichtungen nur dann als erste zu einem Thema heranzuziehen, wenn

diese dazu die größte Expertise vorweisen können. Teilweise müssten sich die Einrichtungen kompetitiv um Aufträge bewerben. Laut einiger Ministerien trägt dieses Verfahren zur Qualitätssicherung der wissenschaftsbasierten Beratung bei. Andere Ministerien folgten dem Prinzip, Aufträge nur an externe Akteure zu vergeben, wenn die eigenen Ressortforschungseinrichtungen zum Thema nicht tätig sind oder keine Ressourcen zur schnellen Beratung haben.

Die Nutzung von Beratungsangeboten anderer Akteure durch die Ressorts geschieht also aus unterschiedlichen Motiven. Die Erfahrung zeige, so die Teilnehmenden, dass diese Praxis zu wichtigen Kooperationen zwischen Ressortforschungseinrichtungen und anderen wissenschaftlichen Akteuren führe. Eine solche vertiefte Kooperation und Abstimmung sei zur Lösung komplexer Probleme notwendig, darin waren sich Einrichtungen und Ressorts weitgehend einig. Die Stärkung der Kooperationen könne zudem dazu beitragen, dass in Krisensituationen von besonders hoher Relevanz bestimmte Themenfelder nicht zum Schauplatz institutioneller Konkurrenz zwischen Einrichtungen sowie zwischen Ressorts werden.

Vertiefte Kooperation und Abstimmungen
zur Lösung komplexer Probleme notwendig

Doch welchen Mehrwert bringen Ressortforschungseinrichtungen in solche Kooperationen ein? Wodurch zeichnen sie sich gegenüber anderen Akteuren der Politikberatung aus? Als Alleinstellungsmerkmale der wissenschaftsbasierten Politikberatung durch die Ressortforschung arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer u. a. folgende Aspekte heraus:

- _ Die schnelle Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen. Das Antizipieren zukünftiger Krisen und die schnelle Reaktion auf Brennpunktthemen zählten zu den Kernkompetenzen der Ressortforschung. Durch die kurzfristigen Anfragen aus der Politik seien die Einrichtungen routiniert darin, auf aktuelle Bedarfe zu reagieren und Ressourcen spontan zu reorganisieren.
- _ Die Normierung und Regelsetzung, die als politikunterstützende bzw. -ausführende Aufgabe allein den Ressortforschungseinrichtungen obliege. Allerdings stelle der Föderalismus für manche Ressortforschungseinrichtungen als Organisationen des Bundes eine Herausforderung dar, etwa weil keine Weisungsbefugnis gegenüber Landes- oder kommunalen Einrichtungen bestehe. „Wir haben null operatives Mandat im föderalen Staat“, so eine Aussage.
- _ Das Forschungsdatenmanagement, in dem sich die Einrichtungen durch die langfristige Erhebung unterschiedlichster Informationen auszeichneten. Diese Daten könnten kurzfristig zur Verfügung gestellt und genutzt werden, allerdings nur, wenn dazu ein Auftrag des Ressorts vorliege.

Dieser Workshop ging von der Annahme aus, dass wissenschaftsbasierte Politikberatung durch die Ressortforschung vor der Herausforderung steht, sowohl responsiv auf aktuelle Beratungsnachfragen reagieren als auch zukünftigen Beratungsbedarf antizipieren zu können. Doch welche Verfahren und Rahmenbedingungen sind dafür notwendig? Die Diskussion konzentrierte sich hier insbesondere auf die Vorlaufforschung, die eine grundsätzliche „Antennenfunktion“ der Einrichtungen ermöglichen soll. Vorlaufforschung wurde hier überwiegend als „Forschung aus der begründeten Erwartung künftiger Themen“ verstanden. Die Entwicklung von entsprechenden Forschungsthemen und -strategien erfolge in den meisten Einrichtungen dabei über eingeübte Verfahren und Prozesse in Abstimmung mit dem jeweiligen Ressort. Damit Ministerien mögliche Zielkonflikte zwischen Vorlaufforschung und aktuellem Politikberatungsbedarf nachvollziehen können, sei ein guter Austausch zwischen Ministerium und Einrichtung nötig. Dass daraus eine gewisse Nähe zur Politik entstehe, sei dabei gleichzeitig Vor- und Nachteil: Zum einen könnten hier Impulse für eine weit-sichtige Politik geleistet werden, zum anderen bestehe die Gefahr von Abhängigkeiten.

Teilweise würden auch andere Akteure wie wissenschaftliche Beiräte oder Anwenderinnen und Anwender einbezogen oder es werde professionelle, wissenschaftliche Beratung zu Forschungstrends in Anspruch genommen. Denn wissenschaftsbasierte Politikberatung benötige in vielen Fällen wesentlich breitere Expertise, als sie durch Vorlaufforschung in den Einrichtungen allein aufgebaut

**Die Balance aus Antizipation von Themen
und Reaktionsfähigkeit präge die Beratung.**

werden könne. Bei immer mehr Themen bestehe die Herausforderung, dass diese aus übergreifenden Perspektiven angegangen werden müssen. Hier sei der Blick auch für andere Ressorts zu öffnen, ressortübergreifende Abstimmungs- und Kooperationsinstrumente müssten implementiert werden. Daher seien gut ausgebaute Netzwerke, ein Überblick über die Forschungslandschaft, -themen und -trends sowie gemeinsame Forschungsprojekte wichtig. Ein gutes Mittel, um Kooperationen und Netzwerke aufzubauen, stelle dabei die extramurale Forschung dar. Allerdings berichteten manche Einrichtungen, dass sie sich aufgrund ihres gesetzlichen Auftrags in der Vorlaufforschung mit Themen beschäftigen müssten, die in universitären oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht mehr viel Aufmerksamkeit besäßen. Dies mache nicht nur die Vergabe von Forschungsaufträgen schwierig, sondern auch die Entscheidung, wann Themen abgeschlossen werden könnten und wie das mit diesen Themen befasste Personal weiter zu beschäftigen sei.

Notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Vorlaufforschung sei in jedem Fall ein hoher wissenschaftlicher Freiheitsgrad. Eine Fokussierung auf bestimmte

Schwerpunkte sei dabei sinnvoll, ohne aber die inhaltliche Breite zu vernachlässigen, auf die man in Krisenzeiten aufbauen können müsse. Denn vermeintlich unvorhergesehene Ereignisse könnten die Interessenlage schlagartig verändern, so dass „vergessene Themen“ mit einem Mal ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten.

Grundsätzlich präge die Balance aus der Antizipation künftiger Themen einerseits und der Reaktionsfähigkeit auf aktuelle Themen andererseits die Beratung und fordere sie immer wieder heraus, so die Teilnehmenden. Teilweise müssten unter hohem Zeit- und Handlungsdruck fundierte, gut begründete und ausgewogene Auskünfte und Beratungen erbracht werden. Nicht selten kämen Anfragen aus der Politik „abends um zehn“ und wollten bis zum nächsten Vormittag beantwortet sein, so die übergreifende Erfahrung.

Wann ist wissenschaftliche Politikberatung „gut“? Wenn sie Wirkung erzielt, also in politisches Handeln, Gesetze und Verfahren umgesetzt wird? Wenn sie sich an etablierten Leitlinien und Regeln orientiert? Wenn sie kontinuierlich nachgefragt wird? Diese Fragen standen im Zentrum der Diskussion dieses Workshops. Dabei identifizierten die Teilnehmenden u. a. folgende Qualitätskriterien für Beratungsleistungen:

- _ Eine einfache und verständliche Darstellung und die Kompetenz, Komplexität im Sinne der Vermittelbarkeit „einzudampfen“. Dass dies mitunter im Widerspruch zur ebenfalls wichtigen Berücksichtigung wissenschaftlicher Vielschichtigkeit stehe, müsse dabei in Kauf genommen werden.
- _ Adressatengerechte Formulierung im Sinne der „Übersetzung aus der Wissenschafts- in die Ministeriumssprache“. Auch dies geschehe unter Reduktion wissenschaftlicher Komplexität. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Ressortforschung müssten immer ihre „elevator pitches parat haben“, wenn sie die Gelegenheit zur politischen Beratung haben, so die Einschätzung.



Impressionen aus den Workshops

- _ Agieren als „honest broker“: Aufgabe der Politikberatung sei es, verschiedene Szenarien gegenüber der Politik darzustellen und nicht eine einzige Lösung vorzuschlagen – auch wenn die Politik sich, gerade in unsicheren Situationen,

eindeutige Voten wünsche. Ressortforschung müsse allerdings auch darstellen, wo wissenschaftlicher Konsens fehle und Unsicherheiten bestünden.

- _ **Rollenklarheit:** Ressortforschungseinrichtungen sollten Implikationen der wissenschaftlichen Erkenntnisse erläutern, Handlungsoptionen darstellen, aber der Politik die Entscheidungsfindung überlassen. Sie dürften nicht die eigene Überzeugung als „hidden agenda“ in die Beratungen einbringen. Damit wurde hier eine Gegenposition zur ebenfalls auf dem Workshop vorgebrachten Aufgabe der Bereitstellung von Orientierungswissen und Leitbildern formuliert.
- _ **Auftragsklarheit:** Teils bedürften Aufträge für Beratungsleistungen seitens der Ressorts einer weiteren Klärung, so die Erfahrung einiger Einrichtungen. Auch Ressorts betonten, dass das gemeinsame Verständnis des Auftrags eine große Rolle spiele, um Ergebnisse, die „am Ziel vorbeischießen“, zu vermeiden.

Zu der Frage, ob der Grad der Umsetzung von Empfehlungen in Gesetze und politisches Handeln ein Indikator für die Qualität der Beratung sei, lautete die mehrheitliche Antwort „Nein“. Aus wissenschaftlichen Erkenntnissen oder Szenarien seien zwar Empfehlungen abzuleiten, im Prozess politischer Entscheidungsfindung kämen allerdings zahlreiche weitere Aspekte, Perspektiven und ggf. auch Sachzwänge hinzu, weswegen sich Wissenschaft nicht eins zu eins in Gesetze umsetzen lasse. Die zeitliche Dimension der Beratungsprozesse (kurz-, mittel-, langfristige Beratungsanlässe) könne ebenfalls nur begrenzt Aussagen über die Qualität der Beratung ermöglichen: Eher könne die Qualität der Beratung an der Frage gemessen werden: „Wurden wir als Beratungseinrichtung verstanden?“ Durch eine qualitative Betrachtung anhand von Best Practice-Beispielen könne deutlich werden, wo Beratung politisch wirksam geworden sei.

Zur Wissenschaftskommunikation durch die Ressortforschung

Auch die Frage, wie die Ressortforschung wissenschaftsbasiert mit ihren Zielgruppen, den Medien und einer breiteren Öffentlichkeit kommuniziert, stand im Mittelpunkt der Beiträge und Workshops. Als Ausgangsdefinition für Wissenschaftskommunikation wurden darunter alle Maßnahmen gefasst, die wis-

senschaftsbasierte Inhalte für spezielle Zielgruppen ohne grundlegendes fachliches Vorwissen, für die Medien, für interessierte Personen sowie die Öffentlichkeit aufbereiten, sie vermitteln bzw. mit den genannten Akteuren in einen Austausch dazu treten. Insbesondere in der Ressortforschung sind, das zeigte der Workshop, die Übergänge zwischen Wissenschaftskommunikation und Politikberatung fließend, etwa weil auch Politikerinnen und Politiker über Maßnahmen der Wissenschaftskommunikation erreicht würden und Ressortforschungseinrichtungen auch politische Diskurse mitgestalteten. Allerdings lasse sich in der Ressortforschung das Aufgabenfeld der Beratung stärker von dem der Kommunikation abgrenzen als dies bspw. bei universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Beratungsakteuren möglich sei. Denn

die Politikberatung durch die Ressortforschung sei deutlich stärker institutionalisiert und finde im direkten Dialog zwischen staatlichen bzw. politischen Akteuren und den Einrichtungen statt.



Impuls von Eva Barlösius, Universität Hannover

Zwar kommunizierten auch Ressortforschungseinrichtungen „nach außen“ in vielerlei Hinsicht nicht anders als andere wissenschaftliche Einrichtungen und würden von Medien und Öffentlichkeit kaum anders wahrgenommen, so die Analyse – dennoch unterschieden sich die Bedingungen, unter denen Einrichtungen der Ressortforschung Wissenschaftskommunikation betreiben, von denen anderer wissenschaftlicher Institutionen: Ressortforschungseinrichtungen seien in der Regel als unmittelbar oder mittelbar Bundesministerien nachgelagerte Organisationen institutionalisiert. Aus dieser Verortung von Ressortforschung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik ergebe sich für die Wissenschaftskommunikation die Besonderheit, aus einer zweifach autorisierten Position heraus zu sprechen: Die erste Autorisierung erfolge durch die Wissenschaftlichkeit der Institution, die mit Ansprüchen an die Geltung und Verlässlichkeit ihrer Arbeit verbunden sei. Die zweite Autorisierung erfolge durch die Staatlichkeit der Institution, die ihren Aussagen offiziellen oder offiziösen Charakter verleihen könne. Während bspw. universitäre Einrichtungen sich allein auf die wissenschaftliche Validität von Aussagen stützen könnten, seien Ressortforschungseinrichtungen in der Lage, wissenschaftlich abgesicherte Aussagen mit politischer Autorisierung zu verbinden: Sie könnten nicht nur „für die Wissenschaft“ sprechen, sondern auch „für den Staat“, wodurch ihre Aussagen eine andere Art von Autorität gewannen. Diese doppelte Autorisierung sei Alleinstellungsmerkmal und Stärke der Wissenschaftskommunikation der Ressortforschung. Gleichzeitig stelle sie ein Risiko dar, weil die Staatlichkeit der Einrichtungen zu mangelnder Glaubwürdigkeit führen könne, insbesondere in

Doppelte Autorisierung der Ressortforschung durch Wissenschaftlichkeit und Staatlichkeit



kontrovers geführten Debatten rund um gesellschaftlich-wissenschaftliche Themenfelder. Die Staatlichkeit fordere die Wissenschaftskommunikation der Ressortforschungseinrichtungen daher auch heraus.

Neben dieser besonderen Sprecherposition könnten drei weitere Spezifika genannt werden, die die Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung von der anderer Akteure unterschieden:



Eva Barlösius (re.), Moderator Oliver Speck und Andreas Hensel (li.)

- Die politische Rahmung der Kommunikation: Ressortforschungseinrichtungen würden entlang von Politikbereichen und Staatsaufgaben geschaffen, nicht entlang von Disziplinen oder Forschungsfeldern. Dadurch sei das wissenschaftliche Wissen und die wissenschaftliche Expertise der Einrichtungen politisch gerahmt: Je nachdem, welchem Politikfeld sie zugeordnet würden und welches Ressort für zuständig erklärt werde. Für die Wissenschaftskommunikation bedeute dies, dass sich ihre Inhalte häufig im Kontext politisch relevanter Diskurse bewegten, die es in der kommunikativen Arbeit zu reflektieren gelte. So sei die Wissenschaftskommunikation von Ressortforschungseinrichtungen regelmäßig damit konfrontiert, dass die sachliche Angemessenheit des wissenschaftlichen Wissens zu einem Thema bestritten werde. Hierbei werde häufig argumentiert, dass das Thema nicht korrekt ressortiert worden sei und infolgedessen nicht die sachlich angemessene wissenschaftliche Expertise herangezogen werde. Für die Kommunikation der Einrichtungen ergebe sich daraus die Aufgabe, nicht nur die Akteure in ihrem direkten öffentlichen Umfeld in den Blick zu nehmen, sondern auch andere Politikfelder, die das Thema anders bewerten würden, mit einzudenken.

- _ Die Kommunikation von Entscheidungs- und Begründungswissen: Die zentrale Forschungsaufgabe von Ressortforschungseinrichtungen liege darin, auf Grundlage wissenschaftlicher Gütekriterien Wissen für politisches Handeln zu produzieren. Sie hätten Entscheidungs- und Begründungswissen in Form von Berichten, Stellungnahmen und Empfehlungen zu kommunizieren, dessen Relevanz sich nicht danach bemesse, ob es Forschungslücken fülle, sondern ob es zur Bearbeitung von Themen bzw. zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen beitrage.
- _ Die Pflicht zur Kommunikation: Ressortforschungseinrichtungen seien, in unterschiedlichem Maße, zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit verpflichtet. Das Spektrum umfasse dabei u.a. Berichts-, Aufklärungs- und Informationsaufgaben, Bürgerdialoge, Verfahrensbeteiligungen oder umfassende Risiko- und Krisenkommunikation. Zu welchen Themen Einrichtungen kommunizieren müssen, sei in der Regel festgelegt, teilweise würden den Einrichtungen zusätzliche Themen oder Kommunikationsformate zugewiesen. Zu welchem Maße Einrichtungen darüber hinaus Themen bespielen, variere und werde zwischen den Einrichtungen und den zuständigen Ressorts ausgehandelt.



Impressionen aus den Workshops

Die genannten Rahmenbedingungen der Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung seien insbesondere in Krisensituationen relevant, so die Beobachtung. Krisen, in denen wissenschaftsbasiertes Wissen häufig nur unzureichend vorläge, stellten die Einrichtungen vor kommunikative Herausforderungen: Politik und Öffentlichkeit erwarteten hier häufig keinen offenen Austausch, der auch Unsicherheiten kommuniziert, sondern konkrete Antworten

Krisen führten zu Schließungsmechanismen in der Wissenschaftskommunikation.

ten auf konkrete Fragen. Für die Einrichtungen, in deren Verantwortungsbereich die Kommunikation in der Krise fällt, bedeute dies häufig, „die Kommunikation zu

schließen“, etwa indem auf die Darstellung verschiedener Handlungsoptionen und möglicher Szenarien verzichtet werde. In solchen Momenten könnten Ressortforschungseinrichtungen aufgrund ihres Auftrags dazu verpflichtet sein, wissenschaftsbasiert zu kommunizieren, auch wenn die Wissenschaft eigentlich noch nicht sprechfähig sei. Hier stelle sich ein Dilemma zwischen der verantwortungsvollen Kommunikation von Unsicherheiten und der Bereitstellung konkreter Antworten und Empfehlungen. Dieses Dilemma gelte es zu kommunizieren und in Vorkrisenzeiten Vertrauen aufzubauen. Dafür sei ein strategisches Reputationsmanagement notwendig, mit dem sich Ressortforschungseinrichtungen die Basis für ein belastbares Vertrauensverhältnis zur Öffentlichkeit



und anderen Adressaten aufbauen könnten, auch um einem „information overflow in Krisensituationen“ zu begegnen. Investitionen in die wissenschaftliche und technische Leistungsfähigkeit der Einrichtungen, die Nutzungsmöglichkeiten ihrer Leistungen durch Dritte sowie Transparenz und Unabhängigkeit seien hier wesentliche Merkmale für den Aufbau von Reputation der Organisationen.

Gleichzeitig zeige die Erfahrung, dass sich in Krisenzeiten die politischen Einschätzungen der Lage und der notwendigen Entscheidungen ausdifferenzierten und dass wissenschaftsbasiertes Beratungswissen stärker in Gefahr gerate, instrumentalisiert zu werden. Öffentlich kommunizierte Inhalte verselbstständigten und transformierten sich in einem nicht mehr kontrollierbaren Maße zu irreführenden Informationen oder Falschmeldungen. „Gefühlte Wahrheiten, intuitive Heuristiken und selektive Wahrnehmungen übertrumpfen wissenschaftliche Fakten“, so eine stellvertretende Erfahrung. Hier seien, über die Bereitstellung und Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten hinaus, die gesellschaftlichen Kontexte und kognitionspsychologischen Bedingungen von Wissenschaftskommunikation zu berücksichtigen.

AUS DEN WORKSHOPS

Unabhängige Expertise und/oder staatliche Stimme? Kommunikation an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik

Der Workshop |⁵ griff die Feststellung auf, dass Ressortforschungseinrichtungen in der Wissenschaftskommunikation in einer Doppelrolle als wissenschaftliche *und* staatliche Akteure agieren. Diskutiert wurde, inwieweit sie in der Öffentlichkeit wissenschaftliche Erkenntnisse vermitteln, die auf eigener oder extramuraler Forschung beruhen, und hier eine wissenschaftsbasierte Sprecherfunktion ausüben, und inwieweit sie sich gleichzeitig als einem Ministerium unterstehende oder zugeordnete Organisationen äußern und damit eine staatliche Sprecherfunktion ausüben. Konsens war, dass Ressortforschungseinrichtungen häufig über staatstragende bzw. gesellschaftliche Verantwortung verfügten, die universitäre Akteure – zumindest in dieser Form – nicht trügen. So müssten bspw. politische Implikationen mitgedacht werden, die andere Akteure des Wissenschaftssystems nicht zu berücksichtigen hätten.

Deutlich müsse kommuniziert werden, wo Beratung aufhöre und Entscheidung beginne.

Zu der Frage, wie die doppelte Sprecherfunktion in den Einrichtungen gehandhabt werde, erläuterten mehrere Einrichtungen, dass es hierfür keine festgelegten Regeln gebe, sondern es eher „gelebte Praxis“ sei, die jeweilige Rolle und Sprecherfunktion explizit zu machen („Ich spreche jetzt als Wissenschaftler.“). Der wissenschaftliche Diskurs bzw. rein wissenschaftliche Aussagen seien hierbei nicht verhandelbar, und für wissenschaftliche Äußerungen trage in der Regel die jeweilige Einrichtungsleitung die Verantwortung. Die Teilnehmenden

| ⁵ Dieser Workshop wurde aufgrund der hohen Anzahl an Beteiligten in zwei parallelen Gruppen durchgeführt. Die Dokumentation fasst die Diskussion beider Gruppen zusammen. Der Workshop „Kommunizieren, aber mit wem? Bestimmung, Ansprache und Einbindung von Zielgruppen und Öffentlichkeit(en) durch Wissenschaftskommunikation in der Ressortforschung“ fand nicht statt.

betonten zudem die Bedeutung einer klaren Rollenverteilung zwischen Politik und Ressortforschungseinrichtungen. Die Ressortforschung sei in der Verantwortung, fundierte wissenschaftliche Beratung zu bieten, dabei transparent zu kommunizieren, inwieweit die Empfehlungen auf empirisch gesicherter Evidenz oder auf Erfahrungswerten beruhen, und ggf. Handlungsoptionen aufzuzeigen. Die Abwägung verschiedener Empfehlungen – insbesondere auch vor dem Hintergrund von Zielkonflikten – sowie die Entscheidung obliege dann der

Hohe Bedeutung einer klaren Rollenverteilung zwischen Politik und Ressortforschungseinrichtungen

Politik. Hier sei es wichtig deutlich zu machen, wo Beratung aufhöre und Entscheidungsverantwortung anfrage und so Trennlinien zwischen Wissenschaft und Politik zu ziehen. Von großer Bedeutung sei, diese Trennung zwischen Emp-

fehlung und Entscheidung auch in den Medien klar zu kommunizieren. Schwierigkeiten bestünden v. a. bei kontroversen Themen, bei denen der Staat mit einer Stimme sprechen müsse (one voice policy), oder bei Themen, die einer besonderen Vertraulichkeit oder Geheimhaltung unterlägen – hierauf müsse die Ressortforschung Rücksicht nehmen und es gebe erhöhten Abstimmungsbedarf mit dem jeweiligen Ressort.

Seitens der Ministerien bestand weitgehend Einigkeit darin, dass Ressortforschungseinrichtungen insofern immer unabhängig seien, als dass die Ressorts keinen Einfluss auf Forschungsmethoden oder -ergebnisse nähmen. Die Freiheit in der Methodenwahl sei unstrittig. Auch bei der Themenwahl gebe es gewisse Freiheitsgrade, wobei hier eine Abstimmung mit dem Ressort vor dem Hintergrund des Auftrags der Einrichtung erfolgen müsse. Vertreterinnen und Vertreter der Einrichtungen ergänzten, dass die Themengenerierung häufig ein wechselseitiger Vorgang zwischen Einrichtung und Ministerium sei. Wichtig sei in diesen Aushandlungsprozessen eine gegenseitige Offenheit für Themenvorschläge. Zur Frage der wissenschaftlichen Unabhängigkeit wurde deutlich, dass diese für die Einrichtungen sowohl im Hinblick auf die Akzeptanz innerhalb der scientific community als auch auf das (zivil-)gesellschaftliche Vertrauen in die Wissenschaft unabdingbar sei. Aus diesem Grund sollten beispielsweise Finanzmittel für Erhebungsinstrumente vorzugsweise in der Grundfinanzierung verortet werden – insbesondere bei stark umstrittenen Themen –, um sie vor politischer Einflussnahme zu schützen und dem Verdacht der „Auftragsforschung“ entgegenzutreten.

Gleichwohl, so die Einschätzung vieler Teilnehmenden, werde Ressortforschungseinrichtungen deutlich häufiger mangelnde Unabhängigkeit vorgeworfen als anderen Akteuren des Wissenschaftssystems. Zum einen bestünden im Bereich des Wissenschaftsjournalismus häufig Vorbehalte hinsichtlich der wissenschaftlichen Unabhängigkeit von Ressortforschungseinrichtungen. Zum anderen werde diese in der Öffentlichkeit angezweifelt, insbesondere in den Sozialen Medien. Da die Rahmenbedingungen von Ressortforschungseinrichtungen hier meist nicht umfassend dargestellt werden könnten, seien diese dafür

anfälliger als andere Akteure des Wissenschaftssystems. In Zeiten von emotional stark aufgeladenen Debatten und „infodemics“ komme es dabei zu gezielter Desinformation und Vorwürfen der Abhängigkeit, berichteten einige Teilnehmende. Außerdem sei bei vielen Menschen das Wissen darüber, „wie Wissenschaft funktioniert“, begrenzt. Zugleich werde aber in bestimmten Situationen sicheres und belastbares Wissen von der Wissenschaft erwartet, dass dieses nicht ad hoc bereitstellen könne. Dadurch komme es schnell zu einem Vertrauensschwund. Die Wahrnehmung von Ressortforschungseinrichtung korreliere zudem mit dem Vertrauen in staatliche Akteure: Je geringer dieses ausfalle, desto eher werde auch Ressortforschungseinrichtungen Abhängigkeit unterstellt. Eine große Herausforderung sei daher, die vorhandene Unabhängigkeit glaubhaft nach außen zu kommunizieren.

Darüber hinaus müsse zwischen der internen Kommunikation zwischen Ressortforschungseinrichtung und Ministerium, in der das Ministerium eine unabhängige Einschätzung erwarte, und der Kommunikation nach außen unterschieden werden. Bei der Außenkommunikation sei regelmäßig eine vorherige Abstimmung mit den Ministerien zu po-

litisch oder gesellschaftlich relevanten bzw. prominenten Themen vorgesehen.

Zum Rollenbewusstsein gehöre, sich „mal in den Stuhl des Ministers“ setzen zu können.

Hier gehöre es zum Rollenbewusstsein der Ressortforschung, auch die Perspektive des Ressorts mitzudenken und sich vor der Veröffentlichung „mal in den Stuhl des Ministers zu setzen“. Nicht immer sei die Wissenschaftskommunikation von Ressortforschungseinrichtungen für die gesamtpolitische Linie des zuständigen Ministeriums förderlich; grundsätzlich könnten aber – bis auf wenige begründete Ausnahmen, in denen „Forschung für den Panzerschrank“ betrieben werde – alle Forschungsergebnisse nach vorheriger Rücksprache kommuniziert werden.

Gleichwohl gebe es auch seitens der Politik regelmäßig Unsicherheiten hinsichtlich der Rolle von Ressortforschungseinrichtungen. Konfliktpotenzial entstände insbesondere dann, wenn die politische Seite Ressortforschungseinrichtungen anspreche, um bereits getroffene Entscheidungen durch eine einseitige Präsentation wissenschaftlicher Argumente zu legitimieren. Hier stehe die Ressortforschung in der Verantwortung, sich gemäß den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis zu verhalten und nicht „mal eben ein wissenschaftliches Argument zu liefern“, so Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen. Eine klare Rollentrennung erfülle für die Ressortforschungseinrichtungen somit auch eine Schutzfunktion.

Wann ist aus Sicht der Ressortforschung Wissenschaftskommunikation qualitativ hochwertig? Welche Regeln und Kriterien legen die Einrichtungen an und unter welchen Spezifika operieren sie? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Workshops, der mit der anfänglichen Beobachtung startete, dass die Wissenschaftskommunikation innerhalb der Einrichtungen in sehr unterschiedlichem Maße eine Rolle spiele. Einige Einrichtungen seien hier kaum aktiv, bei anderen sei sie ein wichtiges Betätigungsfeld und werde über verschiedene Maßnahmen, insbesondere in der Veranstaltungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, umgesetzt. Dabei stelle das Spannungsverhältnis zwischen kurzfristiger Aufmerksamkeit, Emotionalisierung sowie Personalisierung in den (Sozialen) Medien und die Qualitätssicherung und Versachlichung wissenschaftsbasierter Kommunikation für Ressortforschungseinrichtungen – so wie für andere wissenschaftliche Einrichtungen – eine Herausforderung dar. Je nach Abstimmungsbedarfen mit den zuständigen Ressorts komme es vor, dass die Einrichtungen bei aktuellen Themen in der Öffentlichkeit nicht zu den ersten gehören, die sich äußern bzw. in Debatten einsteigen – hier „sticht die Gründlichkeit die Schnelligkeit“, so die Einschätzung.



Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal in der Kommunikation der Ressortforschung sei es, so die Diskussion, „wissenschaftliche Integrität mit Staatsverantwortung“ zu verbinden. Denn in vielen Feldern, etwa dem Verbraucher- und Bevölkerungsschutz, der Public Health oder im Hinblick auf die Wahrnehmung von gesetzlichen Aufgaben durch die Einrichtungen habe die öffentliche

Kommunikation direkte Konsequenzen für die angesprochenen Zielgruppen oder die Gesamtbevölkerung. Dies müsse bei der Kommunikation immer mitbedacht werden und mache die Themensetzung, inhaltliche Aussagen und vorherige Abstimmungsprozesse komplexer. Teilweise seien in Abstimmung mit den Ministerien Themenfelder definiert, zu denen sich die Einrichtungen aufgrund der politischen Bedeutung oder des Potenzials zur Kontroverse nur nach Rücksprache mit dem Ressort äußern dürften. Schriftliche Interviews würden in vielen Fällen grundsätzlich mit den Ministerien abgestimmt.

Aufgrund der großen Vielfalt an Aufgaben und Themen, die die Ressortforschungseinrichtungen bearbeiten, adressierten sie sehr unterschiedliche Publikumsgruppen. Diese beinhalteten bspw. Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, aber auch interessierte bzw. betroffene Privatpersonen, Verbraucherinnen und Verbraucher oder Anwenderinnen und Anwender, zu bzw. mit denen kommuniziert werde. Hier bedürfe es auf die jeweiligen Zielgruppen spezifisch zugeschnittene Kommunikationskanäle und -formate. Als besonders effektiv erwiesen sich dafür bspw. die Medienarbeit mit Fachmagazinen, Veranstaltungen oder der Einsatz von Sozialen Medien. Insbesondere auf der lokalen Ebene seien dabei partizipative Formate „der einzige Weg, um die Menschen zu erreichen“, so eine Einschätzung.

Anhang

PRÄSENTATIONEN DER REDNERINNEN UND REDNER

**Caspar Hirschi | Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen
und Mitglied des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrats**



https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/Praesentation_Hirschi.html

Dirk Messner | Präsident des Umweltbundesamts



https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/Praesentation_Messner.html



www.wissenschaftsrat.de/download/2022/Praesentation_Wieler.html

Eva Barlösius | Leibniz Universität Hannover



www.wissenschaftsrat.de/download/2022/Praesentation_Barloesius.html

Andreas Hensel | Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung



https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/Praesentation_Hensel.html